Wirtschaft

Wann wollen Sie aufhören? »Ich hoffe, lebend.« ▶ S. 62

RALF ROTTM / FUNKE FOTO SERVICES

Handelskonflikt

Metallindustrie leidet unter Strafzöllen

Unternehmen rechnen mit Umsatzeinbußen im nächsten Jahr.

● Vor rund drei Monaten verhängte US-Präsident Donald Trump Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus der EU, nun bekommen hiesige Hersteller die Folgen zu spüren. Laut einer Umfrage unter den Mitgliedern der Wirtschaftsvereinigung Metalle, dazu gehören etwa Aluminiumhütten, erwarten rund 40 Prozent der Unternehmen, dass ihre Umsätze im kommenden Jahr sinken. Knapp zwei Drittel der Befragten rechnen damit, dass noch mehr Ware aus Drittstaaten auf den deutschen Markt drängen wird, insbesondere aus China und Russland. Drei Viertel der Betriebe geben an, dass es Konsequenzen für ihr Geschäft hätte, wenn die USA Zölle auf Autoimporte aus Europa verhängen würden. Verbandspräsident Martin Iffert warnt vor einer »Zuspitzung der Wettbewerbssituation«. Die Strafzölle hinterließen in den USA und Europa Verlierer, der lachende Dritte sei China: »Das kann nicht im Sinne der USA sein.«

Auch in der Stahlindustrie sind die Auswirkungen der Zölle deutlich spürbar. So haben die Importe aus Drittländern, hauptsächlich aus der Türkei und Russland, zugenommen; für 2018 rechnet die Wirtschaftsvereinigung Stahl mit einem Plus von rund sieben Millionen auf dann 47,7 Millionen Tonnen. Zudem zeichnet sich ab, dass die USA ihre Importe um 2,1 Millionen Tonnen senken können. Beim Stahlverband erwartet man, dass der Trend anhält. AJU, FDO

Euro

Sorgen um Zusammenhalt

● Angesichts des Vormarschs populistischer Bewegungen in Europa sorgen sich Experten von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) um den Zusammenhalt der Währungsunion. »Die politischen Entwicklungen in einigen Ländern des Euroraums gehen mit Unsicherheiten hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Stabilität des Euroraums einher«, heißt es in einem Papier des Bundesfinanzministeriums (BMF), das Chancen und Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auflistet. Ohne das Land explizit zu erwähnen, bezieht sich die Aussage vor allem auf Italien, wo eine eurokritische Allianz aus linken und rechten Populisten regiert. Die Risiken für die Konjunktur bestünden »insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld«, schreiben die BMF-Fachleute in ihrer Vorlage. »So haben die protektionistischen Tendenzen zugenommen, und die Gefahr eines globalen Handelskonflikts hat sich erhöht.« Auch der noch immer unklare Brexit erhöhe die Risiken. »Nicht zuletzt könnte sich die Verschärfung geopolitischer Konflikte oder eine Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken«, heißt es in dem Papier weiter. REI